

hat, keinen anderen Sinn, als daß sie den völlig emanzipierten, völlig freien, auf Grund seiner Vernunft humanen und von niemandem mehr belogenen Menschen schaffe. Das ist ihre Forderung — und das ist das belebende, packende Moment an der heutigen polnischen Literatur.

Zusammenfassend kann man sagen, daß den polnischen Prosaisten nicht nur das Nationale, sondern auch das Engagement gemeinsam ist. Sie alle wollen irgendetwas „sagen“. Sie schreiben nicht aus Lust am geistigen Luxus, sondern aus Verantwortung dem Menschen gegenüber und um diesem zu helfen. Besonders die jüngsten, die „zornigen jungen Männer“ vom Zuschnitt eines Hlasko, verbergen nicht einmal, daß sie im Grunde Moralisten sind. Letzten Endes war in Polen der Einfluß der russischen Literatur doch immer etwas stärker als der westliche. Das ist nicht zuletzt am breiten Raum zu ermes- sen, den — auch in diesem Band — der Realismus einnimmt. Diese so oft tot- gesagte Darstellungsweise ist keineswegs tot. Hier wird demonstriert, wie elastisch, wie farbig und wie vielfältig man den Realismus handhaben und wie jung man ihn

erhalten kann. Alle diese Autoren haben einen ausgemachten Sinn für das Detail, für die psychologische Nuance, für die natürliche Komik des Lebens inmitten ernst- hafter Situationen. Sie schreiben mit pol- nischer Höflichkeit, mit Feinheit im Aus- druck, mit Ambivalenz; sie lieben Abstrak- tionen nicht und bleiben auch im Übersinn- lichen noch konkret. Den meisten sieht man die Verbundenheit mit dem flachen Land an — mit der melancholischen, großartigen Weite des Ostens, den sie mit aller seiner Armut und allen seinen Möglichkeiten lie- ben.

Unter den insgesamt soliden Überset- zern fallen Josef Hahn und Ludwig Zimme- rer als besonders einfühlsam und klar auf. Marcel Reich-Ranicki, der Herausgeber, hat dem Band ein instruktives, von historischer Kenntnis zeugendes Vorwort vorangestellt — worin allerdings auch er sich ein wenig um die Tatsache herumzudrücken versucht, daß die jungen Autoren Polens nicht ge- gen, sondern mit dem und für den Kom- munismus leben: Für einen Kommunismus der Freiheit. Dies aber sollten wir als freie Menschen endlich zur Kenntnis nehmen.

Johannes Weidenheim

## Dokumente zum Zeitgeschehen

### Präsident Kennedys Friedens-Rede

*Wir veröffentlichen nachstehend den Wortlaut der Rede, die Präsident Kennedy am 10. Juni 1963 bei den Promotionsteiern der American University in Washington gehalten hat. D. Red.*

Es gibt wenige irdische Dinge, die schöner sind als eine Universität, schrieb John Mase- field in seiner Würdigung der englischen Universitäten — und seine Worte haben hier in gleicher Weise Gültigkeit. Er bezog sich damit nicht auf die Türme und Spitzen, nicht auf die Grünanlagen des Universitätsgeländes und auf die efeubewachsenen Wände. Er bewunderte die großartige Schönheit der Universität, weil sie, wie er sagte, ein Platz ist, wo diejenigen, die die Unwissenheit hassen, nach Wissen streben können, wo die- jenigen, die die Wahrheit sehen, danach streben können, auch andere sehend zu machen.

Ich habe daher diesen Zeitpunkt und diesen Ort gewählt, um ein Thema zu erörtern, über das zu oft Unwissenheit herrscht und bei dem die Wahrheit zu selten gesehen wird — und doch ist es eines der wichtigsten Themen auf Erden: der Weltfrieden.

Welche Art Frieden meine ich? Nach welcher Art Frieden streben wir? Nicht nach einer Pax Americana, die der Welt durch amerikanische Kriegswaffen aufgezwungen wird.

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Nicht nach dem Frieden des Grabes oder der Sicherheit des Sklaven. Ich spreche hier von dem echten Frieden — jenem Frieden, der das Leben auf Erden lebenswert macht, jenem Frieden, der Menschen und Nationen befähigt, zu wachsen und zu hoffen und ein besseres Leben für ihre Kinder aufzubauen, nicht nur ein Friede für Amerikaner, sondern ein Friede für alle Menschen. Nicht nur Frieden in unserer Generation, sondern Frieden für alle Zeiten.

Ich spreche vom Frieden, weil der Krieg ein neues Gesicht trägt. Ein totaler Krieg ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem Großmächte umfassende und verhältnismäßig unverwundbare Atomstreitkräfte unterhalten können und sich weigern, zu kapitulieren, ohne vorher auf diese Streitkräfte zurückgegriffen zu haben.

Er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem eine einzige Atomwaffe fast das Zehnfache an Sprengkraft aller Bomben aufweist, die von den gesamten alliierten Luftstreitkräften während des Zweiten Weltkrieges abgeworfen wurden. Und er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem die bei einem Atomkrieg freigesetzten tödlichen Giftstoffe von Wind und Wasser und Boden und Saaten bis in die entferntesten Winkel des Erdballs getragen und sich selbst auf die noch ungeborenen Generationen auswirken würden.

Es ist heute, wenn der Friede gewahrt werden soll, unerlässlich, jedes Jahr Milliarden von Dollar für Waffen auszuwerfen, die lediglich zu dem Zweck geschaffen werden, sicherzustellen, daß wir sie niemals einzusetzen brauchen. Aber zweifellos ist die Anlage solcher unnützen Arsenale, die nur der Vernichtung und niemals dem Ausbau dienen können, nicht der einzige, geschweige denn der wirksamste Weg zur Gewährleistung des Friedens.

Ich spreche daher vom Frieden als dem zwangsläufig vernünftigen Ziel vernünftiger Menschen. Ich bin mir bewußt, daß das Streben nach Frieden nicht so dramatisch ist wie das Kriegsstreben — und oft treffen die Worte desjenigen, der nach Frieden strebt, auf taube Ohren. Und doch gibt es keine dringlichere Aufgabe für uns.

### Nicht zum Untergang verurteilt

Manche sagen, es sei zwecklos, von Weltfrieden, internationalem Recht oder internationaler Abrüstung zu sprechen, und daß alles nutzlos ist, solange die Führer der Sowjetunion keine aufgeschlosseneren Haltung einnehmen. Ich hoffe, sie werden dies tun. Ich glaube, wir können ihnen dabei helfen. Aber ich glaube auch, daß wir unsere eigene Haltung überprüfen müssen, als Einzelperson und als Nation, denn unsere Einstellung ist genauso wichtig wie die ihre.

Und jeder Absolvent dieser Universität, jeder denkende Bürger, der den Krieg verabscheut und mithelfen will, Frieden zu schaffen, sollte damit beginnen, in sich zu gehen und seine eigene Einstellung zu den Möglichkeiten des Friedens, zur Sowjetunion, zum Verlauf des Kalten Krieges, zur Freiheit sowie zum Frieden hier im eigenen Lande zu überprüfen.

Lassen Sie uns zunächst unsere Haltung gegenüber dem Frieden selbst überprüfen. Zu viele von uns halten ihn für unmöglich. Zu viele von uns halten ihn für nicht zu verwirklichen. Aber das ist ein gefährlicher, defätistischer Glaube. Er führt zu der Schlußfolgerung, daß der Krieg unvermeidlich ist, daß die Menschheit zum Untergang verurteilt ist, daß wir uns in der Gewalt von Kräften befinden, die wir nicht kontrollieren können.

Wir brauchen diese Ansicht nicht zu akzeptieren. Unsere Probleme sind von Menschen geschaffen, deshalb können sie auch von Menschen gelöst werden. Und die Größe, die der menschliche Geist erreichen kann, bestimmt der Mensch selbst. Kein Schicksalsproblem der Menschheit liegt außerhalb der Reichweite des Menschen. Die menschliche Vernunft und der menschliche Geist haben oftmals das scheinbar Unlösbare gelöst. Und wir glauben, daß sie dies erneut tun können.

Ich spreche jetzt nicht von der absoluten, nicht mehr faßbaren Idee des Weltfriedens und des guten Willens, von der einige Phantasten und Fanatiker immer noch träumen. Ich leugne nicht den Wert von Hoffnungen und Träumen, aber wir würden lediglich Entmutigung und Ungläubigkeit Tür und Tor öffnen, wenn wir das zu unserem einzigen und unmittelbaren Ziel machen würden.

Wir sollten uns stattdessen auf einen praktischeren, erreichbaren Frieden konzentrieren, der nicht auf einer plötzlichen Revolution der menschlichen Natur, sondern auf einer

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

allmählichen Evolution der menschlichen Konstitution basiert — auf einer Reihe von konkreten Maßnahmen und wirksamen Übereinkünften, die im Interesse aller Betroffenen liegen.

Für diesen Frieden gibt es keinen einfachen Schlüssel, keine großartige oder magische Formel, die sich eine oder zwei Mächte aneignen könnten. Der echte Friede muß das Produkt vieler Nationen sein, die Summe vieler Maßnahmen. Er muß dynamisch, nicht statisch sein, er muß flexibel sein, um den großen Aufgaben einer jeden Generation zu entsprechen. Denn der Friede ist ein Prozeß, er ist ein Weg, Probleme zu lösen.

### Falsche Behauptungen

Bei einem solchen Frieden wird es Streitigkeiten und entgegengesetzte Interessen geben, wie dies innerhalb von Familien und Nationen der Fall ist. Der Weltfriede, wie auch der Friede in Stadt und Land, erfordert nicht, daß jeder seinen Nachbarn liebt. Er erfordert lediglich, daß man in gegenseitiger Toleranz miteinander lebt, seine Streitfälle einer gerechten und friedlichen Lösung unterwirft.

Und die Geschichte lehrt uns, daß Feindschaften zwischen Nationen wie zwischen einzelnen nicht ewig dauern. Wie fest unsere Neigungen und Abneigungen auch immer erscheinen mögen, der Gang der Zeit und der Ereignisse wird oft überraschende Verlagerungen in den Beziehungen zwischen Nationen und Nachbarn bringen.

So wollen wir unermüdlich weiterarbeiten. Der Friede braucht nicht unerreichbar zu sein und der Krieg nicht unvermeidlich. Indem wir unser Ziel klarer definieren, indem wir es greifbarer und weniger fern erscheinen lassen, können wir dazu beitragen, daß alle Völker es erkennen, Hoffnung daraus schöpfen und sich unbeirrt darauf zubewegen.

Lassen Sie uns zweitens unsere Haltung gegenüber der Sowjetunion überprüfen. Es ist entmutigend, zu denken, daß die sowjetischen Führer wirklich glauben könnten, was ihre Propagandisten unablässig schreiben. Es ist entmutigend, eine kürzlich erschienene autoritative sowjetische Veröffentlichung über militärische Strategie zu lesen und Seite um Seite völlig grundlose und unglaubliche Behauptungen zu finden — wie die Behauptung, „Amerikanische imperialistische Kreise bereiten sich darauf vor, verschiedene Arten von Kriegen auszulösen, ... daß die sehr reale Gefahr eines Präventivkrieges besteht, der von amerikanischen Imperialisten gegen die Sowjetunion gestartet wird ...“, daß die politischen Ziele der amerikanischen Imperialisten in der wirtschaftlichen und politischen Versklavung der europäischen und anderen kapitalistischen Länder ... und in der Erreichung der Weltherrschaft ... durch aggressive Kriege bestehen.“

### Wachsam bleiben

Sicher ist es so, wie es in der Schrift heißt, daß „der Gottlose flieht und niemand jagt ihn ...“. Dennoch ist es traurig, diese sowjetischen Erklärungen zu lesen und die Größe der Kluft, die uns trennt, zu erkennen. Es ist aber auch eine Warnung, eine an das amerikanische Volk gerichtete Warnung, nicht in die gleiche Falle wie die Sowjets hineinzutapsen, sich nicht nur ein verzerrtes und verzweifelteres Bild von der anderen Seite zu machen, den Konflikt nicht als etwas Unvermeidliches und den Ausgleich als unmöglich anzusehen und nicht jede Kommunikation lediglich als Austausch von bloßen Worten und Drohungen zu betrachten.

Keine Regierung und kein Gesellschaftssystem ist so schlecht, daß man das unter ihm lebende Volk als bar jeder Tugend ansehen könnte. Wir Amerikaner empfinden den Kommunismus als Verneinung der persönlichen Freiheit und Würde im tiefsten abstoßend. Dennoch aber können wir das russische Volk um vieler seiner Leistungen willen — sei es in der Wissenschaft und Raumfahrt, in der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung, in der Kultur und in seiner mutigen Haltung — rühmen.

Unter den vielen Zügen, die den Völkern unserer beiden Länder gemeinsam sind, ist keiner ausgeprägter als unsere beiderseitige Abscheu vor dem Krieg. Unter den großen Weltmächten haben wir — und dies ist beinahe einzigartig — niemals gegeneinander im Krieg gestanden, und wohl kein anderes Volk in der Geschichte der Kriege hat mehr gelitten als das russische Volk im Verlauf des Zweiten Weltkrieges.

Wenigstens zwanzig Millionen gaben ihr Leben. Zahllose Millionen von Häusern und Bauernhöfen verbrannten oder wurden zerstört. Ein Drittel des russischen Gebiets, dar-

unter nahezu zwei Drittel seiner Industriegebiete, wurde verwüstet; ein Verlust, der der Verwüstung unseres gesamten Landes östlich von Chicago gleichkäme.

Sollte heute ein totaler Krieg ausbrechen, dann würden unsere beiden Länder die Hauptziele darstellen. Es ist eine Ironie, aber auch eine harte Tatsache, daß die beiden stärksten Mächte zugleich auch die beiden Länder sind, die in der größten Gefahr einer Zerstörung schweben. Alles, was wir aufgebaut haben, alles, wofür wir gearbeitet haben, würde vernichtet werden.

Und selbst im Kalten Kriege, der für so viele Länder — unter ihnen die engsten Verbündeten der USA — Lasten und Gefahren bringt, tragen unsere beiden Länder die schwersten Lasten. Denn wir werfen beide für gigantische Waffen riesige Beträge aus, Beträge, die besser für den Kampf gegen Unwissenheit, Armut und Krankheit aufgewandt werden sollten. Wir sind beide in einem unheilvollen und gefährlichen Kreislauf gefangen, in dem Argwohn auf der einen Seite Argwohn auf der anderen auslöst und neue Waffen zu wieder neuen Abwehrwaffen führen.

Kurz gesagt: Beide, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten und die Sowjetunion und ihre Verbündeten, haben ein gemeinsames tiefes Interesse an einem gerechten und wirklichen Frieden und einer Einstellung des Wettrüstens. Abkommen, die zu diesem Ziel führen, sind im Interesse der Sowjets wie auch im unsrigen. Selbst bei den feindlichsten Ländern kann man damit rechnen, daß sie solche vertraglichen Verpflichtungen akzeptieren und einhalten; allerdings nur solche vertraglichen Verpflichtungen, die in ihrem eigenen Interesse sind.

Wir wollen also gegenüber unseren Differenzen nicht die Augen verschließen. Aber wir wollen auch unsere Aufmerksamkeit auf die gemeinsamen Interessen und auf die Mittel richten, durch die diese Differenzen beseitigt werden können. Und wenn wir unsere Differenzen auch jetzt noch nicht aus der Welt schaffen können, so können wir doch zumindest dazu beitragen, daß die Welt trotz Meinungsverschiedenheiten sicher bleibt. Denn letzten Endes bildet die Tatsache, daß wir alle Bewohner dieses Planeten sind, doch das uns im tiefsten gemeinsame Band. Wir alle atmen die gleiche Luft, uns allen liegt die Zukunft unserer Kinder am Herzen, und wir sind alle sterblich.

Lassen Sie uns drittens unsere Einstellung zum Kalten Krieg überprüfen. Wir wollen uns daran erinnern, daß wir nicht in eine Debatte verwickelt sind, bei der es darum geht, Pluspunkte zu sammeln. Wir sind nicht hier, um Lob und Tadel zu verteilen oder mit den Fingern auf andere zu weisen. Wir müssen uns mit der Welt befassen, wie sie ist, und nicht, wie sie hätte sein können, wäre die Geschichte der letzten 18 Jahre anders verlaufen.

Wir müssen daher auf der Suche nach Frieden ausdauernd bleiben, in der Hoffnung, daß konstruktive Veränderungen innerhalb des kommunistischen Blocks Lösungen in Reichweite bringen könnten, die heute noch unerreichbar scheinen. Wir müssen unsere Politik so betreiben, daß es schließlich das eigene Interesse der Kommunisten wird, einem echten Frieden zuzustimmen. Vor allem müssen Atommächte, bei aller Verteidigung unserer eigenen Lebensinteressen, solche Konfrontationen vermeiden, die einem Gegner nur die Wahl zwischen einem demütigenden Rückzug oder einem Atomkrieg lassen. Wenn man im Atomzeitalter den letzteren Kurs einschlagen wollte, dann wäre dies nur der Beweis für den Bankrott unserer Politik — oder den kollektiven Todeswunsch für die Welt.

Um dies zu gewährleisten, sind die Waffen Amerikas nicht herausfordernd, sorgfältig kontrolliert, für die Abschreckung bestimmt und für den selektiven Einsatz geeignet. Unsere Streitkräfte sind für den Frieden bestimmt und in Zurückhaltung geschult. Unsere Diplomaten sind angewiesen, unnötigen Ärger und rein rhetorische Feindseligkeiten zu vermeiden. Denn wir können uns um ein Nachlassen der Spannungen bemühen, ohne deshalb in unserer Wachsamkeit nachzulassen.

#### Friedlicher Wettstreit

Und wir unsererseits bedürfen nicht der Drohungen, um unsere Entschlossenheit zu zeigen. Wir haben es nicht nötig, ausländische Rundfunksendungen zu stören, aus Furcht, unser Glaube könnte durch sie entwurzelt werden. Wir wollen unser System keinem Volk gegen dessen Willen aufzwingen. Wir sind aber willens und in der Lage, mit jedem anderen System auf der Erde in einen friedlichen Wettstreit einzutreten.

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

In der Zwischenzeit wollen wir die Vereinten Nationen stärken, ihre finanziellen Probleme lösen helfen, sie zu einem wirksameren Instrument des Friedens machen, sie zu einem echten Sicherheitssystem für die Welt entwickeln — einem System, das in der Lage ist, Meinungsverschiedenheiten auf der Basis des Rechts beizulegen, die Sicherheit der Großen und der Kleinen zu garantieren und Bedingungen zu schaffen, unter denen die Waffen schließlich abgeschafft werden können.

Gleichzeitig bemühen wir uns, den Frieden innerhalb der nichtkommunistischen Welt zu erhalten, wo viele Nationen — alle von ihnen unsere Freunde — über Fragen uneins sind, die die westliche Einheit schwächen, die die kommunistische Intervention begünstigen oder die zum Kriege zu führen drohen.

Wir sind in unseren Bemühungen in Westneuguinea, im Kongo, im Mittleren Osten und auf dem indischen Subkontinent trotz Kritik von beiden Seiten beharrlich und geduldig geblieben. Wir haben gleichzeitig ein Beispiel für andere zu geben versucht, indem wir kleine, aber doch nicht unwichtige Differenzen mit unseren eigenen engsten Nachbarn in Mexiko und in Kanada beizulegen suchten.

Wenn ich von anderen Nationen spreche, dann möchte ich einen Punkt klarstellen. Wir sind durch Allianzen an viele Nationen gebunden. Diese Bündnisse bestehen, weil ihre und unsere Sorgen sich im wesentlichen decken. Unsere Verpflichtung, Westeuropa und Westberlin zu verteidigen, zum Beispiel, steht nach wie vor unverändert, weil unsere lebenswichtigen Interessen die gleichen sind. Die Vereinigten Staaten werden sich mit der Sowjetunion nicht auf Kosten anderer Nationen und anderer Völker arrangieren, nicht nur, weil sie unsere Partner sind, sondern weil ihre Interessen und die unsrigen übereinstimmen.

### Direkter Draht

Unsere Interessen stimmen jedoch nicht nur bei der Verteidigung der Grenzen der Freiheit, sondern auch in dem Streben auf den Wegen des Friedens überein. Es ist unsere Hoffnung und das Ziel der alliierten Politik, die Sowjetunion überzeugen zu können, daß auch sie jede Nation ihre eigene Zukunft bestimmen lassen sollte, solange diese Wahl nicht mit der von anderen getroffenen in Konflikt gerät.

Das kommunistische Streben, anderen ihr politisches und wirtschaftliches System aufzuzwingen, ist der Hauptgrund für die Spannungen in unserer heutigen Welt. Es kann nämlich kein Zweifel daran bestehen, daß der Friede weitaus gesicherter wäre, wenn alle Nationen davon Abstand nähmen, sich in die Selbstbestimmung anderer einzumischen.

Dies wird neue Anstrengungen zur Schaffung eines Weltrechts, einen neuen Rahmen für weltweite Gespräch erfordern. Es wird eine bessere Verständigung zwischen uns und der Sowjetunion voraussetzen. Und eine bessere Verständigung wird vermehrte Kontakte und Verbindungen erfordern. Ein Schritt in dieser Richtung ist die vorgeschlagene Vereinbarung für einen direkten Draht zwischen Moskau und Washington, durch den auf beiden Seiten die gefährlichsten Verzögerungen, Mißverständnisse und Fehldeutungen der Maßnahmen des anderen vermieden werden sollen, wie sie in einer Zeit der Krise leicht auftreten könnten.

### Ein neuer Anfang

Wir haben ferner in Genf über andere erste Maßnahmen der Rüstungskontrolle gesprochen, die die Intensität des Wettrüstens bremsen und die Risiken eines Zufallskrieges verringern sollen. Unser wichtigstes langfristiges Interesse in Genf ist jedoch eine allgemeine und vollständige Abrüstung, die in Phasen stattfinden und gleichlaufende politische Entwicklungen beim Aufbau der neuen Institutionen des Friedens, die an Stelle der Rüstungen treten, zulassen soll.

Das Streben nach Abrüstung ist seit den zwanziger Jahren ein Anliegen der amerikanischen Regierung gewesen. Die letzten drei Regierungen haben sich intensiv darum bemüht. Und so ungewiß die Aussichten auch heute noch sein mögen, so haben wir doch die Absicht, diese Anstrengungen fortzusetzen, damit alle Länder, einschließlich unseres eigenen, besser begreifen können, welche Probleme und Möglichkeiten tatsächlich in der Abrüstung liegen.

Das eine große Gebiet bei diesen Verhandlungen, wo sich das Ziel abzeichnet, wo je-

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

doch ein neuer Anfang dringend notwendig erscheint, ist ein Vertrag zur Ächtung der Kernwaffenversuche. Der Abschluß eines solchen Vertrages — so nah und doch noch so fern — würde die endlose Schraube des Wettrüstens auf einem seiner gefährlichsten Gebiete zum Stillstand bringen. Durch ihn würden die Atommächte in die Lage versetzt, wirksamer mit einer der größten Gefahren fertig zu werden, die die Menschheit bedrohen: nämlich der weiteren Ausbreitung der Kernwaffen.

Ein solcher Vertrag würde unsere Sicherheit erhöhen, er würde die Gefahr eines Krieges vermindern. Dieses Ziel ist wichtig genug, daß es von uns ständig verfolgt werden muß, wobei wir weder der Versuchung erliegen dürfen, die ganzen Bemühungen aufzugeben, noch der Versuchung, von unserem Beharren auf den entscheidend wichtigen Sicherheitsgarantien abzugehen.

### Einstellung der Atomversuche

Ich benutze daher diese Gelegenheit, um zwei wichtige Entscheidungen in dieser Hinsicht bekanntzugeben.

1. Ministerpräsident Chruschtschow, Premierminister Macmillan und ich sind übereingekommen, daß in Kürze Erörterungen auf hoher Ebene in Moskau beginnen werden mit dem Ziel eines baldigen Abkommens über einen umfassenden Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche. Die Erfahrungen der Geschichte lehren uns, daß wir unsere Hoffnungen im Zaume halten müssen, aber unsere Hoffnungen werden von den Hoffnungen der gesamten Menschheit begleitet.

2. Um unseren guten Willen und unsere feierliche Überzeugung in dieser Angelegenheit zu demonstrieren, erkläre ich hiermit, daß die Vereinigten Staaten nicht beabsichtigen, Kernwaffenversuche in der Atmosphäre durchzuführen, solange andere Staaten dies nicht tun. Wir werden nicht die ersten sein, die diese Versuche wiederaufnehmen. Eine solche Deklaration ist kein Ersatz für die Abrüstung, aber ich hoffe, sie wird uns helfen, die Abrüstung zu erreichen.

Lassen Sie uns, meine amerikanischen Mitbürger, schließlich unsere Haltung gegenüber dem Frieden und der Freiheit hier im eigenen Lande überprüfen. Der Wert und der Geist unserer eigenen Gesellschaft müssen unsere Anstrengungen im Ausland rechtfertigen und sie unterstützen. Wir müssen sie im Einsatz unseres eigenen Lebens zeigen, wozu viele von Ihnen, die heute ihr Studium abschließen, eine einzigartige Gelegenheit haben werden, indem sie ohne Bezahlung im Friedenskorp im Ausland oder in dem geplanten Dienstkorps hier im eigenen Land dienen.

Aber wo immer wir sind, müssen wir alle in unserem täglichen Leben dem jahrhundertalten Glauben gerecht werden, daß Frieden und Freiheit Hand in Hand gehen. In zu vielen unserer Städte ist der Friede heutzutage nicht gesichert, weil die Freiheit unvollkommen ist.

Die Exekutive hat auf allen Regierungsebenen — kommunalen, einzelstaatlichen und nationalen — die Verantwortung, mit allen Mitteln im Rahmen ihrer Autorität für die Freiheit aller Bürger zu sorgen und sie zu schützen. Die Legislative hat die Verantwortung, daß diese Autorität, wo sie heute noch unzureichend ist, zureichend gestaltet wird. Und alle Bürger in allen Bereichen haben die Verantwortung, die Rechte aller anderen und das Gesetz des Landes zu respektieren.

All dies steht im Zusammenhang mit dem Weltfrieden. „Wenn jemandes Wege dem Herrn wohlgefallen“, so heißt es in der Heiligen Schrift, „so macht er auch seine Feinde mit ihm zufrieden“.

Und ist der Friede nicht letztlich doch im Grunde eine Sache der Menschenrechte — des Rechts, unser Leben ohne Furcht vor Vernichtung ganz zu leben —, des Rechts, die Luft zu atmen, so wie sie die Natur uns schenkt, des Rechts künftiger Generationen auf ein gesundes Dasein?

### Ohne Furcht

So wie wir uns um den Schutz unserer nationalen Interessen bemühen, so wollen wir auch die menschlichen Interessen schützen. Und die Beseitigung des Krieges und der Waffen liegt eindeutig im Interesse des einen wie des anderen. Kein Vertrag, so sehr er auch zum Vorteil aller sein mag, so genau er auch formuliert sein mag, kann eine ab-

solute Sicherheit gegen die Gefahren der Täuschung und der Umgehung bieten. Aber er kann — wenn er in seiner Durchführung nur wirksam genug ist und er nur weitgehend genug im Interesse seiner Unterzeichner liegt — weitaus mehr Sicherheit bieten und weniger Risiken bergen als ein unvermindertes, unkontrolliertes und unberechenbares Wettrüsten.

Wie die Welt weiß, werden die Vereinigten Staaten niemals einen Krieg beginnen. Wir wollen keinen Krieg. Wir rechnen jetzt nicht mit einem Krieg. Die gegenwärtige Generation von Amerikanern hat bereits genug, mehr als genug, von Krieg, Haß und Unterdrückung erlebt. Wir werden auf den Krieg vorbereitet sein, wenn andere ihn wünschen. Wir werden wachsam sein, um zu versuchen, ihm Einhalt zu gebieten.

Aber wir werden ebenfalls unser Teil dazu beitragen, um eine Welt des Friedens aufzubauen, in der die Schwachen sicher und die Starken gerecht sind. Wir stehen nicht hilflos vor dieser Aufgabe und sind nicht hoffnungslos im Hinblick auf ihren Erfolg. Voller Vertrauen und ohne Furcht werden wir weiterarbeiten, nicht in Richtung auf eine Strategie der Vernichtung, sondern in Richtung auf eine Strategie des Friedens.

(Nach Amerika-Dienst.)

### **Charta der Organisation der Afrikanischen Einheit**

*Die folgende Charta wurde von den 31 in Addis Abeba (Äthiopien) versammelten Staats- und Regierungschefs (vgl. den Bericht in diesem Heft) am 25. Mai 1963 unterzeichnet. (Verzichtet wurde auf den Abdruck der Präambel.)*

#### *Gründung*

**Artikel I** — Die Hohen vertragschließenden Parteien errichten mit der vorliegenden Charta eine Organisation, die sich „Organisation der Afrikanischen Einheit“ nennen wird. Diese Organisation soll die Staaten des Kontinents, Madagaskars und der benachbarten Inseln umfassen.

#### *Ziele*

**Artikel II** — 1. Die Organisation soll nachstehende Ziele verfolgen:

a) Förderung der Einheit und Solidarität der afrikanischen Staaten; b) Zusammenfassung und Intensivierung ihrer gemeinsamen Bemühungen, ein besseres Leben für die Völker Afrikas zu erreichen; c) Verteidigung ihrer Souveränität, territorialen Integrität und Unabhängigkeit; d) Beseitigung aller Formen des Kolonialismus und e) Förderung der internationalen Zusammenarbeit unter gebührender Beachtung der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

2. Zu diesem Zweck werden die Mitgliedstaaten die Richtlinien ihrer allgemeinen Politik koordinieren, in Übereinstimmung bringen und insbesondere in den folgenden Bereichen zusammenarbeiten:

a) In Politik und Diplomatie; b) auf dem Gebiet der Wirtschaft, einschließlich des Verkehrs und Fernmeldedienstes; c) in Erziehung und Wissenschaft; d) im Gesundheitswesen und auf dem Gebiet der Ernährung; e) in Wissenschaft und Technik und f) in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen.

#### *Grundsätze*

**Artikel III** — Die Mitgliedstaaten bestätigen und verkünden feierlich, daß sie sich in ihrem Streben nach Erreichung der in Artikel II niedergelegten Ziele an die folgenden Grundsätze halten werden:

1. Souveränität und Gleichheit aller afrikanischen Staaten;
2. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten jedes Staates;
3. Achtung vor der Souveränität und territorialen Integrität und vor dem unabdingbaren Recht auf unabhängige Existenz jedes Staates;
4. Friedliche Beilegung von Streitigkeiten durch Verhandlungen, Vermittlung, Schlichtung oder Schiedsspruch;
5. Vorbehaltlose Verurteilung des politischen Mordes jeder Art und der subversiven Tätigkeit von seiten benachbarter Staaten oder irgendeines anderen Staates;

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

6. Uneingeschränkte Befürwortung der völligen Emanzipation der noch abhängigen afrikanischen Gebiete;

7. Fortsetzung einer Politik der Nichtteilnahme an bestehenden Blöcken.

### *Mitgliedschaft*

Artikel IV — Jedem unabhängigen und souveränen afrikanischen Staat steht das Recht zu, Mitglied der Organisation zu werden.

### *Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten*

Artikel V — Für alle Mitgliedstaaten gelten gleiche Rechte und Pflichten.

Artikel VI — Die Mitgliedstaaten verpflichten sich zur genauen Einhaltung der in Artikel III der vorliegenden Charta genannten Grundsätze.

### *Institutionen der Organisation*

Artikel VII — Die Organisation wird ihre Bestrebungen in erster Linie durch die folgenden Einrichtungen verwirklichen:

1. Die Versammlung der Staats- und Regierungschefs;
2. Den Ministerrat;
3. Das Generalsekretariat;
4. Die Vermittlungs-, Schlichtungs- und Schiedskommission.

### *Die Versammlung der Staats- und Regierungschefs*

Artikel VIII — Die Versammlung der Staats- und Regierungschefs bildet das oberste Organ der Organisation. Sie wird unter Berücksichtigung der Vorschriften dieser Charta Angelegenheiten von allafrikanischem Interesse erörtern mit dem Ziel, die allgemeine Politik der Organisation festzulegen. Die Versammlung kann außerdem den Aufbau, die Funktionen und die Tätigkeit der Organisation und ihrer Einrichtungen im Einklang mit der vorliegenden Charta überprüfen.

Artikel IX — Die Versammlung soll sich aus den Staats- und Regierungschefs oder ihren ordnungsgemäß beauftragten Vertretern zusammensetzen und einmal im Jahr zusammentreten. Auf Ersuchen eines Mitgliedstaates, dem die Mehrheit der Mitgliedstaaten zugestimmt hat, kann die Versammlung außerordentliche Sitzungen abhalten.

Artikel X — 1. Jeder Mitgliedstaat hat eine Stimme.

2. Alle Beschlüsse bedürfen der Annahme durch eine Zweidrittelmehrheit.

3. Verfahrensfragen unterliegen der einfachen Mehrheit. Ob eine Verfahrensfrage vorliegt, wird mit einfacher Mehrheit der Mitgliedstaaten durch Abstimmung entschieden.

4. Zwei Drittel aller Mitglieder der Organisation bilden eine beschlußfähige Mehrheit bei jedem Zusammentreten der Versammlung.

Artikel XI — Die Versammlung hat das Recht, sich eine eigene Geschäftsordnung zu geben.

### *Der Ministerrat*

Artikel XII — Der Ministerrat soll aus den Außenministern oder anderen, von den Regierungen beauftragten Ministern der Mitgliedstaaten bestehen. Der Ministerrat tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Auf Antrag eines Mitgliedes und bei Zustimmung von zwei Dritteln aller Mitgliedstaaten kann er außerordentliche Sitzungen abhalten.

Artikel XIII — Der Ministerrat ist der Versammlung der Staats- und Regierungschefs verantwortlich. Ihm obliegt die Verantwortung für die Vorbereitungskonferenzen der Versammlung. Er ist für alle Fragen zuständig, die ihm von der Versammlung überwiesen werden und mit der Ausführung der von den Staats- und Regierungschefs gefaßten Beschlüsse beauftragt. Der Rat soll die inter-afrikanische Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit Artikel II, Abs. 2, der vorliegenden Charta koordinieren.

Artikel XIV — 1. Jeder Mitgliedstaat verfügt über eine Stimme.

2. Alle Beschlüsse bedürfen der Zustimmung einer einfachen Mehrheit der Mitglieder des Ministerrates.

3. Zwei Drittel aller Ratsmitglieder bilden eine beschlußfähige Mehrheit bei jeder Zusammenkunft des Rates.

Artikel XV — Der Rat hat das Recht, sich eine eigene Geschäftsordnung zu geben.

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

### *Das Generassekretariat*

Artikel XVI — Die Organisation verfügt über einen Administrativ-Generalsekretär, der durch die Versammlung der Staats- und Regierungschefs ernannt wird. Der Administrativ-Generalsekretär leitet die Tätigkeit des Sekretariates.

Artikel XVII — Der Generalsekretär der Organisation wird einen oder mehrere Stellvertreter haben, die durch die Versammlung der Staats- und Regierungschefs ernannt werden.

Artikel XVIII — Kompetenzen und Arbeitsbedingungen des Generalsekretärs, seiner Stellvertreter und anderer Beamter des Sekretariats regeln sich nach den Bestimmungen dieser Charta und nach den Vorschriften, die durch die Versammlung der Staats- und Regierungschefs erlassen werden.

### *Die Vermittlungs-, Schlichtungs- und Schiedskommission*

Artikel XIX — Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, alle Meinungsverschiedenheiten untereinander auf friedlichem Wege beizulegen und errichten zu diesem Zweck eine Vermittlungs-, Schlichtungs- und Schiedskommission, deren Zusammensetzung und Arbeitsaufgaben durch ein besonderes, von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs zu erlassendes Protokoll festgelegt werden. Dieses Protokoll soll als integraler Bestandteil der vorliegenden Charta angesehen werden.

### *Die Sonderkommissionen*

Artikel XX — Die Versammlung soll, wo es ihr notwendig erscheint, Sonderkommissionen einsetzen, darunter Kommissionen für:

1. Wirtschaft und Sozialwesen,
2. Erziehung und Kultur,
3. Gesundheitswesen, Hygiene und Ernährung,
4. Verteidigung,
5. Wissenschaft, Technik und Forschung.

Artikel XXI — Jede der in Artikel XX genannten Sonderkommissionen soll sich aus den Ressortministern, anderen Ministern oder Sonderbevollmächtigten der Regierungen der Mitgliedstaaten zusammensetzen.

Artikel XXII — Die Aufgaben der Sonderkommissionen regeln sich in Übereinstimmung mit der vorliegenden Charta und aus den Vorschriften, die der Ministerrat erlassen wird.

### *Das Budget der Organisation*

Artikel XXIII — Das Budget der Organisation unterbreitet der Generalsekretär. Es wird durch den Ministerrat beschlossen und aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten unter Zugrundelegung des Beitragsschlüssels der Vereinten Nationen bestritten. Kein Mitglied kann jedoch verpflichtet werden, mehr als 20% des ordentlichen Jahreshaushalts aufzubringen. Alle Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihren jeweiligen Anteil regelmäßig zu entrichten.

### *Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta*

Artikel XXIV — 1. Diese Charta steht allen unabhängigen und souveränen Staaten Afrikas und Madagaskars zur Unterzeichnung offen und unterliegt der Ratifikation durch die Signatarstaaten entsprechend ihrer jeweiligen verfassungsrechtlichen Prozedur.

2. Die Originalurkunden der Charta sollen, wenn möglich, in afrikanischen Sprachen, sowie in Englisch und Französisch abgefaßt sein, wobei alle Texte gleichermaßen authentisch sind, und bei der Regierung von Äthiopien hinterlegt werden, die allen unabhängigen und souveränen Staaten Afrikas hiervon beglaubigte Abschriften übermitteln wird.

3. Die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden erfolgt bei der Regierung von Äthiopien, die alle Unterzeichnerstaaten über jede Hinterlegung unterrichten wird.

### *Inkrafttreten der Charta*

Artikel XXV — Diese Charta tritt unverzüglich nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden von zwei Dritteln der Signatarstaaten bei der Regierung von Äthiopien in Kraft.

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

### *Registrierung der Charta*

**Artikel XXVI** — Die Regierung von Äthiopien wird diese Charta nach ordnungsgemäß erfolgter Ratifizierung beim Sekretariat der Vereinten Nationen in Übereinstimmung mit Artikel 102 der UN-Charta registrieren lassen.

### *Interpretation der Charta*

**Artikel XXVII** — Jede Frage, die in bezug auf die Interpretation dieser Charta entstehen könnte, soll durch ein Votum von zwei Dritteln der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten entschieden werden.

### *Zulassung und Beitritt zur Charta*

**Artikel XXVIII** — 1. Jedem unabhängigen souveränen afrikanischen Staat steht es frei, zu jeder Zeit den Generalsekretär von seiner Absicht, dieser Charta beizutreten, zu unterrichten.

2. Der Generalsekretär wird nach Erhalt eines solchen Gesuches eine Kopie davon allen Mitgliedern übermitteln. Über die Zulassung entscheidet eine einfache Mehrheit der Mitgliedstaaten. Jeder Mitgliedstaat übermittelt seine Entscheidung dem Generalsekretär, der nach Erhalt der notwendigen Anzahl von Stimmen dem betreffenden Staat von dem gefaßten Beschluß Kenntnis gibt.

### *Verschiedenes*

**Artikel XXIX** — Die Arbeitssprachen der Organisation sollen, wenn möglich, afrikanische Sprachen, sowie Englisch und Französisch sein.

**Artikel XXX** — Der Administrativ-Generalsekretär hat die Vollmacht, im Namen der Organisation Geschenke, Stiftungen und andere Spenden für die Organisation anzunehmen, wenn der Ministerrat dies bewilligt.

**Artikel XXXI** — Der Ministerrat entscheidet über die Privilegien und Immunitätsrechte, die dem Personal des Sekretariats auf dem Territorium der einzelnen Mitgliedstaaten gewährt werden sollen.

### *Beendigung der Mitgliedschaft*

**Artikel XXXII** — Jeder Staat, der auf seine Mitgliedschaft zu verzichten wünscht, hat dem Generalsekretär eine schriftliche Mitteilung zu übermitteln. Nach Ablauf eines Jahres, gerechnet vom Zeitpunkt dieser Mitteilung an, wird die Charta für den ausscheidenden Staat ihre Gültigkeit verlieren und die Mitgliedschaft erlöschen.

### *Abänderung der Charta*

**Artikel XXXIII** — Diese Charta kann auf schriftlich gestellten Antrag eines Mitgliedes an den Generalsekretär geändert oder revidiert werden. Die vorgeschlagene Änderung kann der Versammlung erst nach ordnungsgemäßer Unterrichtung und nicht vor Ablauf eines Jahres zur Beratung vorgelegt werden. Jede Abänderung bedarf vor Inkrafttreten der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitgliedstaaten.

IM VERTRAUEN DARAUF haben wir, die Staats- und Regierungschefs der Staaten Afrikas, diese Charta unterschrieben.

(Aus dem Englischen)

## **Das neue Schlesien und die deutsch-polnischen Beziehungen**

*Die Auseinandersetzung in der Bundesrepublik über die „Breslau“-Sendung des NDR (vgl. Heft 5/63) und die deutsch-polnischen Beziehungen ist bis heute weit mehr ein Streit bloßer Meinungen, als eine sachliche Diskussion auf dem Boden der Tatsachen. Und es hat den Anschein, als seien gerade gewissen Funktionären der Vertriebenen-Verbände diese Tatsachen selbst höchst unbequem, versuchen jene Funktionäre doch eine wirklichkeitsgerechte Erörterung des Problems Oder-Neiße-Grenze auf immer aggressivere Weise zu verhindern. Um so bemerkenswerter erscheint uns der umfangreiche Bericht über eine Reise in das heute polnische Schlesien, der am 8. und 13. Juni in der Neuen Zürcher Zeitung unter dem Titel „Polnische Einwanderung in Schlesien“ erschienen ist.*

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

*Der Verfasser dieses so inhaltsreichen wie abgewogenen Berichtes, der durch das nationalsozialistische Regime zur Emigration gezwungene bedeutende Soziologe und politische Publizist Prof. Dr. Walter Z. Laqueur, stammt selbst aus Breslau und ist, auch als Herausgeber der in London erscheinenden Zeitschrift „Survey. A journal of Soviet and East-European Studies“, in einem besonderen Maße zu einem Urteil legitimiert. Sein Aufsatz beruht auf den Eindrücken einer Reise nach Schlesien im Mai 1963. Frei von einem einseitigen pro-polnischen Vorurteil legt er doch den Deutschen entschieden Realismus und absolute Illusionslosigkeit hinsichtlich der polnischen Zukunft Schlesiens nahe. Wir drucken nachstehend einige besonders aufschlußreiche Partien aus diesem Aufsatz ab, die nach unserer Auffassung die längst fällige innerdeutsche Diskussion über die deutsch-polnischen Beziehungen wesentlich fördern können. D. Red.*

### Augenschein in Breslau

Der Reisende, den der Expresszug über Krotoschin und Oels in die Stadt bringt, in der er geboren wurde, kann sich böser Vorahnungen nicht erwehren. In den Berichten, die er gelesen hatte, war ihm Schlesien als verkommen und schmutzig geschildert worden, er hatte von Zuständen gehört, die an den Wilden Westen des vorigen Jahrhunderts erinnerten; das Hotel „Monopol“ in Breslau, damals wie heute — trotz dem etwas anstößigen Namen — der Treffpunkt der Fremden, war ihm als eine Art neues Wirtshaus im Spessart beschrieben worden. Die Eindrücke bei der Einfahrt in die Stadt — die trostlosen Hinterhöfe, die vielen zerstörten Häuser, die düstere Bahnhofshalle, der unverschämteste Chauffeur in den schmutzigsten Taxi, die ihm in vier Kontinenten begegnet sind — tragen dazu bei, ihn in seinen Befürchtungen zu bestärken.

Eine nähere Bekanntschaft mit dem neuen Schlesien überzeugt ihn jedoch bald, daß Berichte über die Lage in diesem Land, die vor zehn oder selbst fünf Jahren zutreffen mochten, heute korrigiert werden müssen. Mit Formeln wie „deutsche Kulturarbeit“ gegen „polnische Wirtschaft“ kann man die Wirklichkeit von heute nicht gerecht beurteilen. Seit dem Oktober 1956 sind große Anstrengungen unternommen worden, um das Schicksal der neuen Einwohner Schlesiens erträglich zu gestalten, und diese Bemühungen haben in den letzten Jahren allmählich Früchte getragen. In Breslau, dem heutigen Wrocław, sind neue Wohnviertel entstanden, verlassene Häuser und unbestellte Äcker sieht der Reisende nirgendwo in Schlesien und die Kurorte im Riesengebirge sind schon zu Beginn der Saison gut besucht.

### Ungleichmäßige Entwicklung

Freilich geht es nicht an zu verallgemeinern. Schlesien hat sich in den letzten Jahren ungleichmäßig entwickelt; die Spuren der Zerstörungen der letzten Kriegsmomente sind in manchen Städten noch unverkennbar, so etwa in Breslau, in Liegnitz (Legnica), im oberschlesischen Neiße (Nysa) oder in der Kleinstadt Lauban (Luban). Die Zahl der Einwohner dieser und mancher anderer Städte hat heute erst wieder etwa zwei Drittel oder drei Viertel des Standes von 1938 erreicht, und die industrielle und kulturelle Entwicklung ist dementsprechend zurück. Zahlreiche andere Städte hingegen haben den Stand von 1938 weit hinter sich gelassen; das trifft zum Beispiel zu für Beuthen (Bytom) im oberschlesischen Industriegebiet oder Waldenburg (Walbrzych) und Freiburg (Swiebodzice) im Waldenburger Bergland. Dabei spielte die Tatsache eine wichtige Rolle, daß diese beiden wichtigen Industriegebiete unzerstört in die Hände der Polen fielen.

Aber auch jene Bezirke Schlesiens — flächenmäßig der größte Teil des Landes —, die von den deutschen Truppen kampfflos geräumt wurden, haben sich ungleichmäßig entwickelt. Der „Ring“ von Schweidnitz (Swidnica) ist sorgfältig renoviert worden und macht einen vorzüglichen Eindruck, jener von Reichenbach (Dzierzoniow) wirkt vernachlässigt, und jener von Hirschberg (Jelenia Gora) liegt auch heute noch halb in Trümmern. In Bad Schreiberhau (Szkłarska Poreba) im Riesengebirge, wo jährlich mehr als hunderttausend Polen ihren Urlaub verbringen, hat man sich um die Entwicklung des Ortes bedeutend weniger Mühe gegeben als in dem nicht weit gelegenen Bad Flinsberg (Swieradów Zdrój), das Vergleiche mit westeuropäischen Luftkurorten nicht zu scheuen braucht. Die Textilindustrie um Reichenbach, Langenbielau (Bielawa) und Peterswaldau

— wo bekanntlich Hauptmanns „Weber“ spielen — hat anscheinend noch nicht den Vorkriegsstand erreicht, wahrscheinlich, weil es an Fachleuten fehlte und weil die Textilindustrie in anderen Teilen Polens für die Bedürfnisse des Landes genügte. Die Dörfer in der Nähe von Breslau hinterlassen einen bedeutend weniger guten Eindruck als jene südlich des Zobten; manche Kleinstädte stagnieren und wirken unsauber, in anderen erkennt man bedeutende Fortschritte.

*Der Verfasser kommt nach einer eingehenden Darstellung der Verhältnisse im heutigen Schlesien auf die energischen Polonisierungsbestrebungen der Polen und auf die Auseinandersetzung zwischen polnischen und westdeutschen Historikern über die deutsche oder polnische Geschichte Schlesiens zu sprechen. Er bezeichnet solche rein historischen Diskussionen als relativ bedeutungslos, weist dann aber auch auf die ebenfalls „historische“ Tatsache hin, „daß gerade in den ostdeutschen Bezirken Pommern, Ostpreußen, Grenzmark, Niederschlesien eine Majorität deutscher Wähler in den letzten freien Wahlen ihre Stimme Hitler gegeben hat und damit für alle die Dinge, die später im Namen des deutschen Volkes geschahen, mindestens einen Teil der Verantwortung trägt.“*

*Der Bericht schließt mit den folgenden Passagen:*

In Deutschland hat man seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, als es auf der demokratischen Linken eine Welle der Polenbegeisterung gab, nicht mehr viel Interesse und Verständnis für dieses Land gezeigt. Nach 1918 gab es wohl starke Strömungen in Deutschland, selbst auf der Rechten, die sich für eine pro-russische Orientierung einsetzten; eine Verständigung mit Polen befürwortete keiner. Auch heute wieder fühlt man sich häufig unangenehm berührt von deutlichen Spuren des „alten Geistes“ in den anti-polnischen Polemiken gewisser Kreise in der Bundesrepublik — abgesehen davon, daß sich manche Ideologen dieser Richtung und bestimmte Vertreter der Landsmannschaften und Vertriebenenverbände durch ihre Vergangenheit disqualifiziert haben, sich öffentlich zu exponieren.

Wie ungeschickt aber auch diese Argumentation dieser Kreise, wie provokatorisch oft die Wahl ihrer Sprecher ist, so darf man doch nicht vergessen, daß es neben ihnen Millionen von Männern und Frauen gibt, die ohne jedes persönliche Verschulden vertrieben wurden, die Besitz und Heimat verloren. Für sie bedeuten die Ereignisse des Jahres 1945 eine große persönliche Tragödie. Ob sich diese Menschen mit dem Verlust der Heimat abfinden, weiß man nicht; es ist zu hoffen, daß sie es getan haben oder tun werden, denn Illusionen in der Politik sind schädlich. Es ist aber andererseits unrealistisch, wenn die Polen erwarten, daß ein solcher Verzicht freudigen Herzens und in feierlicher Weise vorgenommen wird.

### Vergleich mit der Vergangenheit

Wer heute durch Schlesien reist, kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß die Polemiken um die früheren deutschen Ostgebiete gegenstandslos geworden sind und bald nur noch für einen sehr kleinen Kreis von Menschen von Interesse sein werden. Für die Tausende von Arbeitern, die heute in der Breslauer Waggonfabrik arbeiten — früher Lincke-Hoffmann —, und für die Bergleute in den Waldenburger Kohlenschächten, für die vielen Gruppen von Besuchern, die sich täglich vor den Sehenswürdigkeiten Schlesiens drängen, vom Breslauer Rathaus bis zur Kirche Wang in Brückenberg (Bierutowice), für sie alle ist Schlesien die neue Heimat geworden. In ein paar Jahren wird es bereits mehr Polen geben, die in Schlesien geboren sind und nie eine andere Heimat gekannt haben, als vertriebene Schlesier in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone.

In Schlesien ist eine neue Wirklichkeit entstanden. In vielem ist sie unbefriedigend und in vielem fallen die Vergleiche mit dem, was Schlesien einmal war, zu ihren Ungunsten aus. Schlesien und die anliegenden deutschsprachigen Gebiete waren einmal ein Landstrich, in dem nicht nur Kohle und Zuckerrüben produziert wurden. Diese Region hat einen nicht unwichtigen kulturellen Beitrag zur europäischen Zivilisation geleistet; es wäre reizvoll, einmal festzustellen, wieviel von dem, was heute an den Universitäten Westeuropas und Amerikas gelehrt wird, auf Wissenschaftler und Künstler zurückgeht, die aus diesem Raum stammen. Eine solche Untersuchung würde wahrscheinlich ergeben, daß manche Kleinstädte an der Grenze von Posen und Schlesien einen unverhältnismäßig

großen Beitrag geleistet haben und daß es nicht nur einzelne Menschen waren, sondern eine ganze Schicht, eine intellektuelle Tradition und eine kulturelle Ambiance. Dieses Schlesien ist für immer verschwunden. Es wurde zerstört wie die deutsche-jüdische Symbiose, der dieses kulturelle Zentrum so viel verdankte.

Was neu entstanden ist, ist etwas gänzlich anderes: Ein Land, in dem Millionen von neuen Siedlern Arbeit und eine neue Heimat gefunden haben, in dem die Fabriken wieder arbeiten und die Äcker bestellt werden. Wenn man bedenkt, mit welchen Schwierigkeiten die polnischen Behörden zu kämpfen hatten, Schwierigkeiten, die teilweise durch das kommunistische System, teilweise durch eine Auswahl von unqualifizierten Zuwandern bedingt waren, wenn man diese und viele andere Hindernisse in Betracht zieht, wird man sich davor hüten, die Leistung der Polen zu schmälern. Wenn man die Verhältnisse in Schlesien mit denen in anderen osteuropäischen Provinzen — nicht mit den Hauptstädten — vergleicht, dann schneidet Dolny Slask gar nicht schlecht ab. Die Häuser am Ring von Breslau sind genau so wiederhergestellt worden, wie sie einmal waren, es gibt eine Oper und sechs Theater, zwei Tageszeitungen, literarische und historische Monatschriften. Doch es ist leichter, Häuser wiederaufzubauen und Theater zu spielen, als eine neue Zivilisation zu schaffen. Ein eigenes Gesicht hat Schlesien heute noch nicht, eine eigene Kultur ebensowenig wie Detroit im Jahre 1905. Wenn die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen günstig sind, werden die Enkel der Menschen, die jetzt in den Abendstunden am Stadtgraben spazieren gehen, eine neue Chance haben, einen eigenen Stil und einen eigenen kulturellen Inhalt zu schaffen. Vielleicht wird dann eines Tages ein junger polnischer Adept Thomas Manns einen Vortrag halten über „Wroclaw als geistige Lebensform“. Im Mai 1963 gehört viel Phantasie und guter Wille dazu, sich das überhaupt vorzustellen.

### „Demokratie“ im Schatten der Paulskirche

Während sich Präsident Kennedy im Frankfurter Römer ausruhte, wurde auf dem Römerberg inmitten der tausendköpfigen dichtgedrängten Menge plötzlich ein Transparent hochgehalten, auf dem stand: „Ban the Bomb — Hiroshima and Franz Josef Strauß — We are warning.“

Polizeibeamte arbeiteten sich durch die Menge zu den beiden jugendlichen Plakatträgern durch. Als diese sich weigerten, das Transparent herunterzunehmen, nahmen die Beamten es ihnen ab und zerrissen es. Die beiden Burschen führten sie ab.

Spätausgabe v. 26. 6. 63

### Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände zur Dienstverpflichtung von Frauen im Verband der Streitkräfte:

In der vom Bundesverteidigungsminister von Hassel geäußerten Absicht, im Rahmen eines Zivildienstgesetzes eine Dienstpflicht für Frauen im Verband der Streitkräfte einzuführen, sieht die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände ein weiteres und besonders ernstes Zeichen der totalen Ausrichtung des deutschen Volkes auf den Kriegsfall. Eine solche Maßnahme würde eine Änderung des Grundgesetzes verlangen, das in Artikel 12 eine Verpflichtung von Frauen im Verband der Streitkräfte verbietet. Damit wäre ein weiterer Schritt getan zu dem Abbau der demokratischen Grundrechte und in eine totale Militarisierung, die mit dazu beiträgt, die Kriegsgefahr zu erhöhen. Die ADF bitte die Abgeordneten des Bundestages, sich dieser Dienstverpflichtung von Frauen zu widersetzen.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände

- gez. Oberkirchenrat Kloppenburg  
für den Internationalen Versöhnungsbund
- gez. Dr. Walther Lidl  
für die Internationale der Kriegsdienstgegner
- gez. Dr. Gerhard Schmidt  
für die Deutsche Friedensgesellschaft
- gez. Frau Christel Küpper  
für die Weltorganisation der Mütter aller Nationen

## DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

gez. Herbert Stubenrauch  
für den Verband der Kriegsdienstverweigerer  
Mit der Federführung beauftragt:  
gez. Christel Küpper

München den 5. 6. 1963

### **Embargo für Ärzte?**

*Unter dem Titel „Embargo für Ärzte“ ist in Nr. 19/63 der „Ärztlichen Mitteilungen / Deutsches Ärzteblatt“ der folgende Kommentar erschienen:*

Unter Berufung auf eine Mitteilung des Auswärtigen Amtes hat das Bundesgesundheitsministerium die Bundesärztekammer gebeten, bei Anfragen von Ärzten, ob gegen die offizielle oder private Teilnahme an wissenschaftlichen Kongressen in der Sowjetzone Deutschlands Bedenken bestünden, in „geeigneter Form“ darauf hinzuweisen, daß aus „politischen Gründen von einer Teilnahme abzuraten“ sei.

Als Begründung des Auswärtigen Amtes wird vom Bundesgesundheitsministerium angegeben, daß die NATO-Partner Deutschlands seit längerer Zeit eine offizielle Teilnahme von Wissenschaftlern ihrer Länder an Kongressen in der Sowjetzone oder in Ostberlin verboten haben und auch von einer privaten Teilnahme abraten.

Soweit es sich um die offizielle Teilnahme an solchen Kongressen handelt, gehen wir absolut einig mit unseren NATO-Verbündeten. Anders sehen die Dinge jedoch aus, wenn es sich um die private Anwesenheit von westdeutschen Ärzten in der Zone handelt, gleichgültig ob es sich um einen wünschenswerten wissenschaftlichen Gedanken- und Erfahrungsaustausch handelt oder um das persönliche Gespräch mit Kollegen. Unvorstellbar, daß die Regierung eines anderen freien Landes ihren Wissenschaftlern von solchen Kontakten „abrät“.

Die Bundesärztekammer hat darum auch dem Bundesgesundheitsministerium mitgeteilt, daß diese Empfehlung insoweit nicht ihrer bisherigen Handhabung entspricht; sie beabsichtige auch nicht, ihre Auffassung zu ändern.

Das Bundesgesundheitsministerium betont in seinem Schreiben, daß es bisher bei Anfragen einzelner Wissenschaftler seine Zustimmung gegeben habe und es im übrigen keine Möglichkeit sehe, den privaten Besuch bei Kongressen in der Sowjetzone zu verhindern. Den zuständigen Herren im Gesundheitsministerium kann bei ihrer Aufforderung an die Bundesärztekammer doch selbst nicht recht wohl gewesen sein. Soll nun etwa die Bundesärztekammer als Büttel bestellt werden?

Die Wissenschaft kennt keine Grenzen! Um nur ein Beispiel zu nennen: Dem Ostberliner Krebsforschungs-Institut (Robert-Rössle-Klinik), das internationalen Ruf genießt, läßt sich bisher in der Bundesrepublik nichts Gleichwertiges gegenüberstellen. Bis Heidelberg soweit ist, wird noch sehr viel Wasser den Neckar herunterfließen. Im übrigen sollte man nicht übersehen, daß ein Gedankenaustausch mit den Kollegen in Ostdeutschland auch für den Arzt in Westdeutschland — und unter Umständen auch für seinen Patienten — überaus gewinnbringend sein kann. Wenn man beginnt, die medizinische Wissenschaft nach politischen Gesichtspunkten zu teilen, wird der Leidtragende letztlich der kranke Mensch sein — der kranke Mensch in Ost u n d West.

Gegen Reisen zu Kongressen in Warschau, Prag, Budapest oder Moskau hat bisher allerdings noch niemand etwas einzuwenden gehabt. Das Gespräch mit unseren Landsleuten hinter dem Eisernen Vorhang dagegen will man abwürgen? Ist der Bundesregierung vielleicht der Bericht des Bonner Korrespondenten der „Times“ entgangen, der als entscheidenden Eindruck den sehnlichen Wunsch der Deutschen unter Ulbrichts Regime nach Herstellung möglichst vieler menschlicher Kontakte zu den Deutschen im Westen schildert?

Der Arzt ist als Praktiker und Wissenschaftler der Menschlichkeit, dem Kontakt von Mensch zu Mensch, der Hilfe für den Menschen verpflichtet wie kaum ein anderer. Selbst die Sportler dürften da erst an zweiter Stelle rangieren, denen ihre durchaus offiziellen Kontakte mit der Sowjetzone man nicht zu verbieten wagt. Also ein „Embargo“ für Ärzte?

## **Bemerkungen:**

Prof. Dr. rer. pol. Emil J. G u m b e l lehrt seit 1953 mathematische Statistik an der Columbia University, New York. 1891 in München geboren, 1923 Privatdozent, 1930 ao. Prof. an der Universität Heidelberg, ist er in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg weit über sein Fachgebiet hinaus bekannt geworden durch seine Untersuchungen über die anti-demokratisch-militaristischen Tendenzen in der Weimarer Republik. Er veröffentlichte zahlreiche Aufklärungsschriften über die meist ungehörtten Fememorde, über die geheime Aufrüstung (Schwarze Reichswehr), über die Landesverratsprozesse gegen Kritiker dieser Tendenzen etc. 1933 mußte Prof. Gumbel Deutschland verlassen. Er war zunächst Gastprofessor am Institute Henri Poincare, Paris, und lehrte seit 1940 an der New School for Social Research, New York. — Hingewiesen sei auf das 1962 erschienene Buch Prof. Gumbels „Vom Fememord zur Reichskanzlei“, Lambert Schneider Verlag, Heidelberg (vgl. die Besprechung in Heft 11/62, Seite 862).

Prof. Dr. L. A. P u n t i l a , 1907 in Mittelfinnland geboren, ist seit 1952 Ordinarius für politische Geschichte an der Universität Helsinki. Er ist außerdem Vorsitzender des „Finnischen Kulturfond“, zu dessen Gründung er maßgeblich beigetragen hat und dessen Hauptgeschäftsführer er von 1937 bis 1954 war. Dieser Kulturfond dient der Förderung von Kunst und Wissenschaft in Finnland. Neben seiner Tätigkeit an der Universität und im „Finnischen Kulturfond“ nimmt Prof. Puntila leitende Stellungen in verschiedenen kulturellen Gesellschaften und mehreren großen Industrieunternehmen ein. In Aufsätzen und Vorträgen nimmt er in der Öffentlichkeit immer wieder auch zu aktuellen Problemen Stellung. Vor einigen Wochen hielt Prof. Puntila in Stuttgart einen Vortrag über die Außen- und Wirtschaftspolitik Finnlands. Der in diesem Heft abgedruckte Beitrag Prof. Puntilas knüpft an diesen Vortrag an.

Soeben erschienen:

Deutscher Wortlaut der  
Friedens-Enzyklika  
Papst Johannes' XXIII.

## **„PACEM IN TERRIS“**

Mit einer Nachbemerkung  
von Professor Dr. Anton Neuhäusler,  
München

Taschenformat, kartoniert,  
im Glanzumschlag, DM 1,50

**PAHL - RUGENSTEIN VERLAG, KÖLN**

## Es schrieben bisher u. a.:

- Prof. Dr. Wolfig. Abendroth  
 Heinz Aboch  
 Frank Allaun, M. P.  
 Dr. Walther Ammann  
 Dr. Günther Anders  
 Stefan Andres  
 Prof. Manfred v. Ardenne  
 Prof. Dr. Geoffrey Barraclough  
 Wolfgang Baranowsky  
 Vikar Albrecht Bausch  
 Prof. Dr. Dr. Hans Bayer  
 Prof. Dr. Karl Bechert,  
 MdB, V/1\*)  
 Arno Behrlich  
 Schalom Ben-Chorin  
 Lucie Beyer, MdB, III/5\*)  
 Carl Bloice, San Francisco  
 Lord Boyd Orr, D. S. O.,  
 M. C., F. R. S., LL. D.  
 Staatssekretär a. D.  
 Prof. Dr. Eduard Brenner  
 Klemens Brockmüller S. J.  
 Fenner Brockway, M. P.  
 Dr. Hildegard Brücher, MdL  
 Kanonikus John Collins  
 Dr. Gustavo Davidson  
 San Juan  
 Harold Davies, M. P.  
 Volkskammerpräsident  
 Dr. Johannes Dieckmann  
 Dr. Ulrich W. Döring  
 Dr. Helmut Dörr  
 Staatssekretär a. D.  
 Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1\*)  
 Klaus Ehrler, M. A.  
 Prof. Dr. Fritz Eichholtz  
 Otto Eisenmann, MdB  
 Vera Elyashiv, Tel Aviv  
 Dr. Hans Magnus  
 Enzensberger  
 Dr. Hermann Etsel  
 Staatssekretär a. D.  
 Dr. Gustav Feick  
 Dr. Erwin Flaschberger  
 Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim  
 Prof. Friedrich Wilhelm  
 Foerster, PH, D., D. D.  
 Dr. Hildegard Forres  
 Gertrud von le Fort  
 Prof. Dr. Ernst Fraenkel,  
 Frankfurt  
 Hans-Moritz v. Frankenberg  
 und Proschlitz  
 Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund  
 Prof. Dr. Wolfgang Friedmann  
 Prof. Dr. Ragner Frisch  
 Prof. Dr. Erich Fromm  
 Prof. D. Emil Fuchs  
 Christian Geißler  
 Albrecht Goes  
 Prof. D. Helmut Gollwitzer  
 Dr. Dr. Georg Groeninger  
 Kurt R. Grossmann  
 Propst D. Dr. Heinrich Grüber  
 Prof. Dr. Werner Hahlweg  
 Rechtsanwalt  
 Heinrich Hannover
- Prof. Joh. Harder  
 Prof. Dr. Wilhelm Hasenack  
 Dr. Friedrich Heer  
 Minister a. D.  
 Dr. Arno Hennig, III/5\*)  
 Dr. Hans Henrich, III/12\*)  
 Botschafter a. D. Dr. Werner  
 Otto von Hentig  
 Prof. D. Dr. Johannes Hessen  
 Dr. Rudolf Hill  
 Dr. Irene Hilgers-Hesse  
 Kurt Hirsch  
 Hans Heinz Holz  
 Prof. D. J. L. Hromádka  
 Regierungsrat Rudolf Ismayr  
 Prof. Rolf Italiaander  
 Prof. D. Hans Joach. Iwand †  
 Hans Henny Jahnn †  
 Mervyn Jones, London  
 Dr. Victor Kadalie  
 Prof. Dr. Erich Kahler  
 Hans Hellmut Kirst  
 Prof. Dr. Friedrich Klein  
 Dr. Arno Klönne  
 D. D. Heinz Kloppenburg  
 Lorenz Knorr  
 Dr. Eugen Koller  
 Prof. J. Korowin  
 Dr. Erich Küchenhoff  
 Prof. Dr. Karl Kupisch  
 Dr. Horst Lademacher  
 Prof. Dr. Bernard Lavergne  
 Dr. Jonas Lesser  
 Dr. Carlo Levi, Rom  
 Prof. Dr. Hanns Linhardt  
 Pfr. Dieter Linz  
 Hans Lipinsky-Gottersdorf  
 Peter J. Loewenberg  
 Peter Lust, Montreal  
 Albert J. Luthuli  
 Prof. Dr. Walther Maas  
 Prof. Dr. Werner Maihofer  
 Dr. Bodo Manstein  
 Enrico Marussig, Rom  
 Dr. Lily E. Marx, Rom  
 Dr. Basil Mathiopoulos  
 Prof. Dr. L. L. Matthias  
 Prof. Dr. Ing. e. h.,  
 Dr. phil. h. h. Ernst May  
 Mathias Joseph Mehs  
 Prof. Seymour Melman,  
 New York  
 Prof. Dr. med. Heinrich Meng  
 Dr. Wilhelm Ritter v. Meng  
 Prof. Dr. Eberhard Menzel  
 Prof. Dr. Ernst Wilhelm  
 Meyer, MdB, III/2\*)  
 Herbert Mochalski  
 Hans Nätscher, V/1\*)  
 Peter Nellen, MdB, III/1\*)  
 Prof. Dr. Anton Neuhäusler  
 Anna Niekiewicz, Warschau  
 Prof. Hermann Oberth  
 Prof. Dr. Lászlo  
 Márton von Pákozdy  
 Prof. Dr. Linus Pauling
- Unterrichtsminister Helveg  
 Petersen, Kopenhagen  
 Bürgermeister Rudolf Pikola  
 Kurt Pritzkolet  
 Außenminister Dr. Adam  
 Rapacki, Warschau  
 Prof. Dr. Harold Rasch  
 Prof. Dr. A. J. Rasker  
 Prof. Dr. Franz Rauhut  
 Dr. Hermann Rauschnig  
 Prof. Dr. Hermann Reintanz  
 Prof. Dr. Hans Rheinfelder  
 Prof. Dr. Helmut Ridder  
 Prof. Dr. Renate Riembeck  
 Prof. Dr. Karl Rode  
 Rudolf Rolis  
 Oreste Rosenfeld, Paris  
 Earl Bertrand Russell,  
 O. M., F. R. S.  
 E. S. Sachs  
 Paul Schallück  
 Prof. Dr. Franz Paul Schneider  
 Oberbürgermeister i. R.  
 Robert Scholl  
 Prof. Dr. Rud. Schottlaender  
 Prof. Dr. L. Schücking  
 Hermann Schwann  
 Dr. Ernst Schwarz  
 Prof. Dr. Dr. H. Schweigart  
 Prof. Dr.  
 Michael Seidlmayer †  
 Dr. Seiei Shinohara, Tokio  
 William L. Shirer, New York  
 Julius Silverman, M. P.  
 Richard E. Sperber  
 Prof. Dr. Alexander Schenk  
 Graf von Stauffenberg  
 Heinrich Steege  
 Prof. Dr. Karl Stoevesandt  
 Prof. D. Herm. Strathmann  
 Herbert Stubenrauch  
 Bertil Svahnström  
 Stephen Swingler, M. P.  
 Dr. Ruth Tangemann  
 Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies  
 Tomas Torsvik, Bergen  
 (Norwegen)  
 Prof. Dr. Gregori Tunkin  
 Prof. D. Heinrich Vogel  
 William Warbey, M. P.  
 James P. Warburg, New York  
 Studentenpiarrer  
 Rudolf Weckerling  
 Dr. med. Joseph Weill  
 Günther Weisenborn  
 Prof. Dr. Leo Weismantel  
 Prof. Dr. Aloys Wenzl  
 Max Winiger, Zürich  
 Hans Wirtz  
 Botschafter Dr. Zairin Zain  
 Konni Zilliacus, M. P.  
 Prof. Dr. Ernst Zinner  
 Anton Zischka  
 Abdelkader Zouari  
 Gerhard Zwerenz

\*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.